

CHINA

Tibet als Prüfstein

Was wir über die Hintergründe des Konflikts mit China wissen müssen

von Helmut Schmidt | 15. Mai 2008 - 14:00 Uhr

Weil China den Tibetern »die Menschenrechte verweigert«, erlebt die westliche Welt seit acht Wochen eine Welle antichinesischer Proteste und Propaganda – vom Internet und von CNN bis zum olympischen Fackellauf und bis in einige Staatskanzleien Westeuropas. Dabei mischen sich idealistische Motive mit Antikommunismus und mit Angst vor dem aufstrebenden Konkurrenten China. Weil der jede Gewalt verurteilende Dalai Lama Sympathien auf sich zieht, übersieht man im Westen gern, dass die jüngsten Demonstrationen in Tibet, die alsbald in Gewalttaten übergegangen sind, von lamaistischen Mönchen und Klöstern ausgegangen waren. Man weiß erst recht nichts von der langen Vorgeschichte.

Tatsächlich haben weder die 1300 Millionen Einwohner Chinas noch die drei Millionen Einwohner Tibets jemals in Geschichte und Gegenwart jene Menschenrechte und jene Demokratie gekannt, welche die westlichen Kulturen seit gut zweihundertfünfzig Jahren schrittweise entfaltet haben – wir Deutschen notabene erst seit ganzen sechzig Jahren. Die chinesische Geschichte hat über Jahrtausende nur absolute Monarchie und Obrigkeitsgehorsam gekannt; und die 1949 von Mao Tse-tung errichtete kommunistische Volksrepublik hat jedenfalls keinen Wechsel der diktatorischen Regierungsform bedeutet.

Ebenso ist das kleine Bergvolk der Tibeter immer schon autokratisch regiert worden, allerdings nicht von einem Fürsten oder vom Adel, sondern von Priestern und Oberpriestern. Der Dalai Lama war als Oberpriester einer lamaistischen Sekte zugleich das weltliche Oberhaupt aller Tibeter; der Panchen Lama als Oberpriester einer anderen Sekte hatte jedoch einen höheren klerikalen Rang. Noch am Ende des Zweiten Weltkriegs war Tibet eine Theokratie – ähnlich wie ehemals der Kirchenstaat oder wie heutzutage Iran.

Bereits im 13. Jahrhundert hat der Mongole Kublai Khan als Kaiser von China zugleich die politische Oberherrschaft über Tibet ausgeübt. Es hat im Laufe von Jahrhunderten sowohl Konflikte als auch vertragliche Lösungen zwischen den unter chinesischer Souveränität stehenden Oberpriestern und den chinesischen Kaisern gegeben – so auch unter den Mandschu-Kaisern (bis 1911) – und später abermals unter Mao. Zwischendurch haben auch schon mal – von Indien aus – die Engländer sich eingemischt und den damaligen Dalai Lama vertrieben. 1959 gab es in Tibet einen blutigen Aufstand gegen Peking; damals ging der noch jugendliche Dalai Lama ins indische Exil. Heute geht die intellektuelle und religiöse Führung von Tibetern aus, die nicht in Tibet leben.

Die Kommunisten haben den lamaistischen Klöstern Teile ihres großen Landbesitzes genommen und die Leibeigenschaft der Bauern beendet. Aber sie haben den Menschen

in Tibet genauso wenig individuelle Rechte gegeben wie den Menschen überall in China. Mao hatte gegenüber der tibetischen Kultur und Tradition genauso wenig Respekt wie gegenüber der eigenen Han-chinesischen Kultur und Tradition. Dafür haben die Kommunisten in den letzten Jahrzehnten moderne Technologie und Infrastruktur nach Tibet gebracht, sie haben Straßen, Flugplätze und sogar eine Eisenbahn nach Lhasa (3600 Meter hoch) gebaut; und die Mönche sind heute per Handy und Internet mit der Außenwelt verbunden. Seit den von Deng Xiaoping begonnenen großen Reformen geht es den Tibetern materiell besser als je zuvor. Vor zwanzig Jahren ist Lhasa noch eine kleine schläfrige Stadt mit einem gewaltigen Palast gewesen, der das Stadtbild dominierte. Der Palast steht immer noch; aber Lhasa ist inzwischen zur Großstadt geworden, mit vielerlei Gewerbebetrieben, mit beginnender Industrie, mit umfangreichem Tourismus.

Seit Jahrzehnten lebt der Dalai Lama im indischen Exil – und begibt sich oft auf Weltreisen. In dieser Woche besucht er erneut Deutschland. Seine Regierung ist machtlos. Zugleich hat in Tibet seine politische Autorität abgenommen; die Klöster und die Mönche der verschiedenen lamaistischen Sekten verehren ihn, aber sie gehorchen ihm nur noch mit großen Einschränkungen. Die Zerstörungen und Plünderungen Mitte März dieses Jahres in Lhasa geschahen gegen seinen Willen und trotz seiner Mahnung zur Gewaltlosigkeit. Dabei haben soziale, arbeitsmarkt- und lohnpolitische Beschwerden eine große Rolle gespielt.

Die Mönche kämpfen nicht für Menschenrechte, sondern vielmehr für die Interessen ihrer Klöster – und für den tibetischen Nationalismus. Einige von ihnen wie auch viele im Ausland lebende Tibeter haben die bevorstehenden Olympischen Spiele in Peking als willkommene Gelegenheit erkannt, die Aufmerksamkeit der Welt für ihre Interessen einzuspannen. Jedoch gleich, ob die Spiele friedlich oder weniger friedlich verlaufen, ob das Ansehen Chinas gemehrt oder beschädigt wird, jedenfalls wird der Wiederaufstieg der Weltmacht China weitergehen. Der Versuch, der chinesischen Führung einen Gesichtsverlust zuzufügen, und besonders die Gewalttaten in Lhasa bleiben schwere Fehler. Die westliche Welt (einschließlich einiger deutscher Provinz-Politiker) muss wissen: Bei aller Kritik, die viele Chinesen an der kommunistischen Führung äußern, die ganz große Mehrheit der Chinesen anerkennt den enormen wirtschaftlichen Aufstieg und steht zugleich in der Tibetfrage eindeutig hinter ihrer Regierung. Keine Regierung in der westlichen Welt wird deshalb Tibets wegen ernsthaften Druck auf Peking ausüben.

Die Reaktion durch die chinesische Führung war bisher nicht sonderlich klug. Man scheint an Ort und Stelle in Tibet überreagiert zu haben. Jedenfalls war es falsch, den Dalai Lama als Spiritus Rector der Unruhen und als Separatisten darzustellen; die Führung weiß, dass beides nicht die Wahrheit ist, schließlich lässt sie seit Jahren mit seinen Abgesandten verhandeln. Es wäre klüger gewesen, die Divergenz zwischen ihm und den Priestern und Mönchen in Tibet zu nutzen und mit ihm persönlich zu verhandeln. Wie stünde der Dalai Lama in der Weltöffentlichkeit da, wenn er eine Einladung ausschläge? Es wäre noch nicht

zu spät für Peking. Immerhin hat man sich Ende März wieder mit den Emissären des Dalai Lama getroffen und damit den Dialog fortgesetzt.

Auch der Dalai Lama hat Fehler gemacht. So hat er in seinen Büchern die Wohngebiete kleinerer tibetischer Minderheiten in den an die Autonome Region Tibet anschließenden chinesischen Provinzen Gansu, Qinghai, Yunan und Sichuan kartografisch als Teile Tibets dargestellt – unnötiger Zündstoff. Er muss wissen, dass der enorme Bevölkerungs- und Wanderungsdruck in China auf längere Sicht zwangsläufig dazu führt, dass auch weiterhin viele Han-Chinesen in die menschenleeren Weiten Tibets (und ebenso Sinkiangs) einströmen werden.

Noch vor der Mitte dieses Jahrhunderts wird China auf 1500 Millionen Menschen anwachsen. Die Tibeter werden davon höchstens ein halbes Prozent ausmachen, ihnen wird eine erdrückende Mehrheit gegenüberstehen. Deshalb wird es für die Tibeter hohe Zeit für einen strategischen Kompromiss. Dessen Kernelemente sind offensichtlich: Zum einen sollte China die religiöse Autonomie der Tibeter und den zurückgekehrten Dalai Lama als ein religiöses Oberhaupt anerkennen. Zum anderen müssen der Dalai Lama und alle lamaistischen Sekten die Regierung und die Gesetze Chinas als auch für Tibet gültig anerkennen. Freilich lässt gegenwärtig die aufgeheizte Situation einen solchen Akt der Vernunft als noch in weiter Ferne liegend erscheinen.

In der Zwischenzeit könnte jede weitere Zuspitzung in China einen extremen und gefährlichen Nationalismus hervorbringen – nicht aber Respekt vor der Würde des einzelnen Menschen. Wer von außen sich an solcher Zuspitzung beteiligt, der verkennt die Vitalität Chinas und sein künftiges wirtschaftliches und politisches Gewicht in der Welt. Jedenfalls sollten wir Deutschen uns an keinerlei Verschärfung der Situation beteiligen. Unserer Regierung ist Abstand und Respekt anzuraten – vor China und vor jeder Religion.



Diesen Artikel finden Sie als Audiodatei im Premiumbereich unter www.zeit.de/audio

COPYRIGHT: DIE ZEIT, 15.05.2008 Nr. 21
ADRESSE: <http://www.zeit.de/2008/21/Tibet-China>